Hauptamt
Landeshauptstadt Düsseldorf

Landeshauptstadt Düsseldorf
Der Oberbürgermeister
Hauptamt - Amt für Personal, Organisation und IT
Stadtverfassung

Rathausufer 8
40213 Düsseldorf

Kontakt
Frau Herrmann
Zimmer
421
Telefon
0211.89-96285
Fax

E-Mail
claudia.herrmann@duesseldorf.de
Datum
13.11.2013
AZ
10/41 - CH

Briefpostanschrift: Stadtverwaltung Amt 10, 40200 Düsseldorf
Frau
Silvia Droste-Lohmann
Wetterstr. 9
40233 Düsseldorf

am

Ihre Eingabe an den Anregungs- und Beschwerdeausschuss vom 05.07.2013

Sehr geehrte Frau Droste-Lohmann,

Sie haben sich persönlich davon überzeugen können, dass sich der Anregungs- und Beschwerdeausschuss in seiner Sitzung am 25.09.2013 sehr eingehend mit Ihrer Eingabe beschäftigt hat.

Sie haben sicherlich Verständnis dafür, wenn ich an dieser Stelle darauf verzichte, Ihnen den gesamten Diskussionsverlauf zu schildern. Nachdem nunmehr am 08.11.2013 die Niederschrift über die Sitzung vom 25.09.2013 vom Ausschuss genehmigt worden ist, möchte ich Ihnen abschließend das Ergebnis der Erörterung mitteilen:

Rhein

Der Anregungs- und Beschwerdeausschuss empfiehlt, den im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung am 26.06.2013 gefassten Beschluss umzusetzen.

Falls Sie weitergehende Fragen in dieser Angelegenheit haben, stehe ich Ihnen unter der oben genannten Telefonnummer gerne zur Verfügung.

Die gesamte Niederschrift ist zwischenzeitlich als pdf-Dokument im Internet veröffentlicht. Auf den Internetseiten der Landeshauptstadt Düsseldorf (www.duesseldorf.de) können Sie in der Rubrik "Rathaus online" , "Sitzungen politischer Gremien" über eine Auswahlmaske die entsprechende Sitzung aufrufen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Herrmann

Telefonzentrale
0211.89-91

Internet
www.duesseldorf.de

stadtverfassung@duesseldorf.de

Sprechzeiten
Montag bis Donnerstag
8.00 bis 15.00 Uhr
Freitag
8.00 bis 13.00 Uhr

Bus, Bahn, U-Bahn
Heinrich-Heine-Allee

Bankkonto
Stadtsparkasse Düsseldorf
IBAN DE61 3005 0110 0010 0004 95
BIC DUSSDEDDXXX

Landeshauptstadt
Düsseldorf

12/ - 4/2013

N i e d e r s c h r i f t
über die Sitzung des Anregungs- und Beschwerdeausschusses
am 25.09.2013

Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1		Anerkennung der Tagesordnung
2		Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 10.07.2013
3		Erörterung vorliegender Eingaben
3.1	12/ 16/2013	Erweiterung der Tiefgarage Martin-Luther-Platz
3.2	12/ 17/2013	Schwerlastverkehr am Dillenburger Weg
3.3	12/ 18/2013	Fahrradfreundliche Gestaltung einer Fläche im Südpark
3.4	12/ 19/2013	Radweg Koblenzer Straße
4		Bekanntgabe der noch nicht im Ausschuss erörterten Eingaben
5		Bekanntgabe des Sachstandes der bereits im Ausschuss erörterten Eingaben

II. Nichtöffentlicher Teil

NÖ 1		Anerkennung der Tagesordnung
NÖ 2		Genehmigung der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 10.07.2013
NÖ 3		Feststellung der Zuständigkeit des Anregungs- und Beschwerdeausschusses bei folgenden Eingaben:
NÖ 3.1	12/ 20/2013	Beschäftigung als Toilettenaufsicht in einer Schule
NÖ 3.2	12/ 21/2013	Überprüfung einer Nebenkostenabrechnung
NÖ 4		Beschlussfassung zum weiteren Umgang mit folgenden Eingaben:
NÖ 4.1	12/ 22/2013	Einführung der Ehrenamtskarte
NÖ 4.2	12/ 23/2013	Fragen zu einer Baugenehmigung

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Frau	Berghaus	Bü 90/ Grüne	
Ratsfrau	Decker	CDU	i.V.f. Herrn Spiolek
Herr	Demmert	SPD	
Frau	Dröge	SPD	
Herr	Dr. Jenkner	Bü 90/ Grüne	i.V.f. Ratsherrn Karen-Jungen
Ratsherr	Kirschbaum	CDU	
Ratsherr	Klein	CDU	
Ratsherr	Knäpper	SPD	i.V.f. Ratsherrn Walter
Ratsfrau	Ott	Bü 90/ Grüne	
Ratsherr	Reinold	CDU	
Herr	Runkel	Freie Wähler	
Ratsherr	Rütz	CDU	
Herr	Dr. Sawalies	DIE LINKE	
Herr	Schadrack	FDP	
Herr	Dr. Schork	FDP	
Ratsherr	Simons	CDU	
Ratsherr	Strauß	SPD	
Ratsherr	Vatalis	SPD	
Herr	Vieten	CDU	
Herr	Ziob	CDU	

Sonstige

Herr	Reuter	Büro 01
Herr	Hamann	Amt 10
Frau	Kammler	Amt 10 – Schriftführerin
Frau	Herrmann	Amt 10
Herr	Pfaff	Amt 63
Herr	Vogel	Amt 66
Herr	Hahn	Amt 66
Herr	Baackmann	Amt 61
Frau	Törkel	Amt 68

Die Antragsteller/innen oder deren Vertretung zu TOP 3.1, 3.2, 3.3 und 3.4
Presse: RP, WZ

Entschuldigt:

Frau	Sader	Seniorenbeirat

I. Öffentlicher Teil

1 Anerkennung der Tagesordnung

Ratsherr Simons schlägt vor, TOP 5 abzusetzen, da keine aktuellen Informationen vorliegen.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung einstimmig anerkannt.

2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 10.07.2013

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 10.07.2013 wird bei Enthaltungen derer, die nicht anwesend waren, einstimmig genehmigt.

3 Erörterung vorliegender Eingaben

3.1 Erweiterung der Tiefgarage Martin-Luther-Platz 12/ 16/2013

Die Antragstellerinnen sprechen sich gegen die vorgesehene Fällung von 13 satzungsgeschützten und stadtbildprägenden Bäumen zugunsten der geplanten Tiefgaragen-Erweiterung aus und beklagen die mangelnde Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit und der von der Maßnahme unmittelbar betroffenen Kirchengemeinde. Die vorgesehenen Ersatzpflanzungen könnten den Verlust des alten Baumbestandes weder optisch noch klimatechnisch kompensieren. Außerdem wird der Bedarf an weiteren 262 Stellplätzen bezweifelt. Der Mehrwert stehe auch in keinem Verhältnis zum Verlust von 13 großen, gesunden Bäumen. In nur vier Tagen nach dem Bekanntwerden der Bauvoranfrage habe die Baumschutzgruppe 1500 Unterschriften gegen das Bauvorhaben gesammelt; zwischenzeitlich liegen 1700 Unterschriften vor. Obwohl die Baumschutzgruppe von zahlreichen Organisationen unterstützt wird und sich frühzeitig informiert und zu Wort meldet, werde sie nicht gehört.

Herr Baackmann von Stadtplanungsamt weist den Vorwurf der mangelnden Transparenz zurück. Die Gestaltungsziele des Projektes Kö-Bogen, zu dem diese Maßnahme ebenfalls gehört, wurden vom Beginn der Planungen an sehr transparent gemacht. Bei der konkreten Bauvoranfrage handelt es sich jedoch um ein privates Vorhaben, zu dem eine politische Entscheidung erforderlich war. Die Veröffentlichung erfolgte daher erst mit der Einbringung in die zuständigen Gremien und mit den dafür vorgesehenen Fristen. Mit der Kirchengemeinde wurden Gespräche geführt. Die Politik ist dem Verwaltungsvorschlag nicht vollumfänglich gefolgt, sondern hat einen Ergänzungsantrag beschlossen, durch den sowohl mehr Bäume erhalten bleiben als auch mehr Bäume neu gepflanzt werden als ursprünglich geplant. Das alte Verkehrskonzept bleibt nun erhalten.

Die Notwendigkeit zusätzlicher Stellplätze war im Zusammenhang mit der Bauvoranfrage nicht von der Politik zu beurteilen. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Stellplätze zur Stärkung der Innenstadt als attraktives Einkaufszentrum benötigt werden. Im Übrigen bedeute Stadtentwicklung auch, gewachsene Strukturen zu verändern. Das europaweit ausgeschriebene Gestaltungskonzept für den Kö-Bogen wird von der politischen Mehrheit unterstützt. Da der Endausbau noch nicht erreicht ist, wirbt Herr Baackmann dafür, nicht alle Zwischenschritte zu kritisieren, sondern das Gesamtwerk abzuwarten. Den Antragstellerinnen bietet er ein grundsätzliches Gespräch im Stadtplanungsamt über die Möglichkeiten der Stadtentwicklung, „Bauen und Baum in Einklang zu bringen", an.

Frau Törkel vom Garten-, Friedhofs- und Forstamt stellt das Pflanzkonzept für die vorgesehenen Ersatzpflanzungen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor und erläutert dessen Machbarkeit.

In der sich anschließenden Diskussion werden Fragen der Stadtentwicklung und Stadtbildgestaltung sowie die Notwendigkeit der Tiefgaragenerweiterung diskutiert.

Herr Dr. Jenkner ist der Meinung, dass für das Projekt Kö-Bogen schon zu viele Bäume gefällt wurden und dass sich eine „kahle Achse" vom Gustaf-Gründgens-Platz über den Schadowplatz bis hin zum Martin-Luther-Platz entwickelt. Er sorgt sich um die Statik der Kirche, wenn die Apsis untergraben wird und hält die Erweiterung der Tiefgarage Martin-Luther-Platz für überflüssig, da die im Bereich der Kö vorhandenen Parkhäuser in der Regel nicht ausgelastet seien. Es sei noch nicht zu spät, das Bauvorhaben zu verhindern, da die Stadt für die Erweiterung der Tiefgarage ein Erbbaurecht vergeben müsse. Er schlägt vor, die Vergabe des Erbbaurechtes an die Bedingung „Erhalt aller Bäume" zu knüpfen.

Herr Dr. Sawalies schließt sich dieser Auffassung an, da er die Innenstadt als Lebensraum und nicht als Einkaufszentrum betrachtet und die mit der Eingabe geltend gemachten Bürgerintereressen über das Investoreninteresse der Tiefgaragenbetreiber stellt.

Ratsherr Knäpper weist darauf hin, dass sowohl das Gestaltungskonzept Kö-Bogen als auch die APS-Vorlage zur Erweiterung der Tiefgarage Martin-Luther-Platz nicht einstimmig, sondern von Teilen der Politik beschlossen wurden. Die SPD werde nicht zustimmen, wenn für diese Baumaßnahme ein städtisches Grundstück zur Verfügung gestellt werden soll. Der Vorschlag von Herrn Dr. Jenkner zum Erbbaurecht gehe daher nicht weit genug.

Ratsherr Rütz spricht sich dafür aus, Stellplätze nach Möglichkeit unter die Erde zu verlegen, um so die oberirdische Aufenthaltsqualität zu verbessern. Das Stadtbild brauche Veränderung. Außerdem werden zahlreiche neue Bäume gepflanzt. Auch Tiefgaragennutzer und Einkäufer hätten berechtigte Bürgerinteressen. Da die ursprüngliche Verwaltungsplanung durch den Ergänzungsantrag von CDU und FDP im Sinne der Eingabe

korrigiert wurde, bestehe keine Veranlassung, den APS-Beschluss zu verändern.

Ratsherr Simons lässt zunächst über die vorliegenden Anträge abstimmen.

a) Antrag Bü90/Grüne und SPD:
Der Anregungs- und Beschwerdeausschuss stimmt dem Bürgerantrag zu und empfiehlt den Erhalt der vorhandenen Bäume, da die Erweiterung der Tiefgarage nicht benötigt wird.

Abstimmungsergebnis: 9 JA (SPD, Bü90/ Grüne, LINKE)
10 NEIN (CDU und FDP)
Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

b) Antrag CDU und FDP:
Der Anregungs- und Beschwerdeausschuss empfiehlt, den im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung am 26.06.2013 gefassten Beschluss umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 10 JA (CDU und FDP)
9 NEIN (SPD, Bü90/ Grüne, LINKE)

Damit ist dieser Antrag beschlossen.

3.2 Schwerlastverkehr am Dillenburger Weg 12/ 17/2013

Die Antragsteller erläutern ihre Eingaben. Sie tragen vor, dass die Anwohner des „Gurkenlandes" unter Lärmbelästigungen und Verkehrsproblemen durch Schwerlastverkehr leiden, seit sich auf der Gewerbefläche Dillenburger Weg 50 (ehem. Karstadt-Warenlager) ein Logistikzentrum angesiedelt hat, das von 40-Tonnern angefahren wird. Sie stellen die Zulässigkeit eines solchen Unternehmens am Rande ihres Wohngebietes in Frage. Die Verkehrsproblematik stellen sie folgendermaßen dar:

- Der Dillenburger Weg ist schon durch zwei Buslinien sehr belastet, die in der schmalen Straße an parkenden Autos vorbei fahren müssen.
- Die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h wird nicht eingehalten.
- Im Bereich des Kinderspielplatzes wird die Straße einspurig; dort kommt es durch Rangiermanöver der schweren LKW oft zu gefährlichen Situationen.
- Beim Abbiegen von der Karlsruher in die Marburger Straße und umgekehrt müssen die Schwerlaster über die Gegenfahrbahn schwenken.
- Die LKW-Fahrer merken oft zu spät, dass die Eisenbahnbrücke nicht hoch genug ist.
- Ausländische LKW parken, wenn sie nachts oder sonntags ankommen und nicht auf das Betriebsgelände auffahren können, in